

Beschluss des 12. Kleinen Landesparteitages der CDU Berlin

Montag, 13. Oktober 2014

Zuwanderung aus Südost-Europa: Integration nur mit konsequentem Vorgehen möglich

Die Armutswanderung aus Südost-Europa, insbesondere aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien seit ihrem Beitritt in 2007 zeigt bundesweit, aber vor allem auch in Berlin, einen umfassenden Handlungsbedarf.

Die Problemlagen, die sich auch aus dieser Zuwanderungsbewegung ergeben, binden viele Verwaltungsbereiche unterschiedlicher Ebenen ein. Um angemessene Lebensumstände für Zuwanderer und Bevölkerung zu erreichen, müssen diese Verwaltungen systematisch kooperieren.

Die Erfahrungen zeigen im Ergebnis, dass nur durch konsequentes Handeln der staatlichen Stellen ein Integrationsprozess möglich ist. Bildung für die Kinder ist dabei der Schlüssel, um tradierte Verhaltensweisen und Clanstrukturen zu überwinden und im Sinne der einwandernden Roma und der ansässigen Wohnbevölkerung eine erfolgreiche Integration auf den Weg zu bringen. Daneben stehen Fragen zur Gesundheitsversorgung, Wohnen und Soziales im Vordergrund.

Der Berliner Aktionsplan Roma muss den Lebensrealitäten in den betroffenen Bezirken angepasst und mit konkreten Maßnahmen und Mitteln ausgestattet werden um überhaupt Wirksamkeit zu entfalten.

Für uns bedeutet das konkret die Umsetzung eines 7-Punkte-Plans:

1. Einführung einer „**SOKO - Zuwanderung**“: In Analogie zu den Städten Duisburg oder Dortmund ist es erforderlich über die vorhandenen Strukturen hinaus eine interbehördliche Arbeitsgruppe, z.B. bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Polizei, des Jugendamtes, des Sozialamtes, des Ordnungsamtes, des Jobcenters, des Zolls, des Finanzamtes, der Bau- und Wohnungsaufsicht oder der Meldebehörde in den besonders belasteten Bezirken zu installieren, um verbindlich abgestimmt verschiedene Verwaltungsbereiche des Bezirks und des Landes zusammenzuführen. Die Koordination dieser SOKO erfolgt zunächst temporär über zusätzliche personelle Ressourcen.

Ziel ist es, die Lebensverhältnisse der zahlreichen Roma-Familien zu verbessern. Hier muss z.B. der Ausbeutung der Bewohner der so genannten „Roma- Häuser“ durch skrupellose Vermieter Einhalt geboten und der Zugang zu Bildung, sozialer Infrastruktur und in das Gesundheitssystem eng begleitet werden.

Gleichzeitig gilt es aber auch „Gesicht zu zeigen“ und gegen den Missbrauch der Freizügigkeit in jeder Form konsequent und abgestimmt vorzugehen.

2. Eine **Identitätserfassung** vornehmen, um in Zusammenarbeit mit rumänischen Behörden und Mitarbeitern vor Ort im Rahmen eines regelhaften internationalen Austauschs Missstände abzustellen und tradierte Verhaltensweisen, die zu Verwahrlosung und Konflikten führen, besser zu verstehen und abzustellen.
3. **Systematische Bildungsangebote** an Grundschulen einführen, z.B. durch verbindliche Angebote wie Schüler-Clubs zur Freizeitgestaltung bis mindestens 17:00 Uhr einrichten, um den Kindern eine sinnvolle Nachmittagsgestaltung anzubieten. Angebote für ältere Kinder- und Jugendliche in der Oberschule sollen im Rahmen der neu zu schaffenden Jugendberufsagentur mitgedacht werden.
4. Maßnahmen durchsetzen, damit diese Menschen mit einer **Krankenversicherung** ausgestattet werden.
5. **Sanktionen einführen** die greifen, wenn der Integrationswille erkennbar nicht gegeben ist (z.B. wenn möglich, soziale Leistungen von „Aufstockern“ kürzen).
6. **Überprüfung der Freizügigkeitsvoraussetzungen** zum Aufenthaltsrecht gem. Artikel 7 der EU-Richtlinie 2004/38/EG, um bei Verstößen auch die in der Richtlinie vorgesehene Rückkehr in das Herkunftsland durchzusetzen
7. Eine **„Abzockerregelung“** einführen, um das Ausbeuten der Bewohner der so genannten „Roma-Häuser“ durch skrupellose Vermieter zu bestrafen bzw. zu verhindern.